

Ein Label für Walchwil

Die Gemeinde ist jetzt offiziell Energiestadt

Die Zuger Gemeinde Walchwil mit ihren 3885 Einwohnern engagiert sich seit Jahren in verschiedenen Energiestadtbereichen. Dieses Engagement wurde nun belohnt.

Um das Engagement der Gemeinde Walchwil im Energiebereich nach aussen zu tragen und die Vorbildrolle in diesem Bereich aktiv wahrzunehmen, hat die Gemeinde Walchwil 2019 entschieden, das Energiestadt-Label anzustreben. Zur Erlangung des Labels Energiestadt benötigt eine Gemeinde mindestens 50 % der maximal erreichbaren Punktzahl. Nach einer Bestandaufnahme im Jahr 2020 führte die Gemeinde im Jahr 2021 das offizielle Energiestadt-Audit erfolgreich durch. Im September hat die Labelkommission Energiestadt die Gemeinde Walchwil mit guten 55 % der möglichen Punkte zur Energiestadt erkoren.

Bisher wurden schon etliche Massnahmen im Bereich Energie in



Gemeinderätin Eveline Hunziker bei ihrer Ansprache.

Foto: zvg

Walchwil umgesetzt. So führt die Gemeinde seit 2012 eine Energiebuchhaltung für sämtliche gemeindeeigenen Gebäude und führt Betriebsoptimierungen durch. Die Gemeinde Walchwil versorgt ihre Gebäude und Anlagen komplett mit erneuerbarem Strom. Zudem deckt sie fast 90 % ihres eigenen Wärmeverbrauchs mit einem Holzschnitzel-Nahverbund.

Im Bereich Mobilität hat die Gemeinde in den letzten Jahren ebenfalls vieles erreicht. So wurden di-

verse Quartierstrassen beruhigt (Tempo 30) und im Dorfzentrum zwischen Kirche und Gemeindehaus wurde eine Begegnungszone eingerichtet (Tempo 20).

Die Gemeinde setzt sich zudem stark für den Ausbau von Fuss- und Velowegen sowie den Erhalt des öffentlichen Verkehrs ein und betreibt zusätzlich auf eigene Kosten seit 2013 einen Ortsbus.

2021 wurde in Walchwil die erste Ladestation für Elektrofahrzeuge installiert.

PD

Hört mit der scheinheiligen Konzernpolitik auf

Unter Woker Kapitalismus (aufgeweckter Kapitalismus) versteht man den Trend, dass sich immer mehr Firmen möglichst progressiv geben wollen, wenn es um gesellschaftspolitische Fragen geht. Aber wir sollten uns nicht täuschen lassen. Genau so wie es ein Märchen ist, dass die Nachfrage das Angebot bestimmt, was John Kenneth Galbraith schon vor Jahrzehnten nachgewiesen hat, ist es naiv zu glauben, Konzerne interessieren sich auch nur im Geringsten für gesellschaftspolitische Fragen, und sei es nur das Klima. Woker Kapitalismus ist eine Tarnkappe, um zu verschleiern, dass es Konzernen um eine einzige Sache geht, nämlich um Rendite. Ihr Regime kleiden sie einfach in das,

was gerade unter den Intellektuellen Mode ist, sei es Gender, Antirassismus, oder eben Klimaschutz. Aber seien wir vorsichtig, wenn Ikea zum Beispiel Sofas in Regenbogenfarben herstellt, geht es nicht um LGBTQ, sondern es ist eine reine PR-Massnahme. Dies ist an und für sich nicht schlecht, sondern Aufgabe der PR-Abteilung. Es genügt, dass man kein Radio oder Fernsehen einschalten kann, ohne erzieherisch durch diese Modethemen indoktriniert zu werden. Ich muss das nicht auch noch von der Wirtschaft hören. Dass die Politiker aus wahltechnischen Gründen diese Themen aufbauschen und uns immer mehr bevormunden, ist nachvollziehbar. Wenn ich jedoch sehe,

welche Macht Konzerne auf die Gesellschaft haben und wo sie sich überall infiltrieren, bekomme ich es mit der Angst zu tun. Ich finde es ist nicht Aufgabe der Konzerne ideologisch tätig zu werden, die Erziehung der Gesellschaft ist nicht Aufgabe der Wirtschaft. Also hört mit dieser scheinheiligen Konzernpolitik auf. Es geht weder um LGBTQ noch um Rassismus, geschweige denn um Gleichberechtigung. Es geht nur um Rendite. Dies zeigt ihr täglich, indem ihr umweltbelastende unter unzumutbaren Bedingungen produzierten unnötige Billigsgüter verkauft, besonders jetzt in der Weihnachtszeit.

Michel Ebinger, Rotkreuz

Enttäuscht vom EVZ-Bashing im Grossen Gemeinderat

Als dieses Jahr der EVZ den Meistertitel geholt hat, haben sich die Gratulationsbekundungen der Parteien förmlich überschlagen. Mit Recht, denn wir können auf unseren Hockey-Verein, mit Strahlkraft in die ganze Schweiz stolz sein. Leider ist davon im Grossen Gemeinderat (GGR) von Zug wenig zu spüren. Seit Monaten wird immer wieder auf dem EVZ herumgehackt, zuletzt in der letzten Sitzung des Stadtparlamentes.

Hintergrund war die dritte Verwendung aus dem Stadtzuger Corona-Hilfsfonds. Der Fonds wurde 2020 aus einem Teil des Rechnungsüberschusses 2019 gebildet und kommt subsidiär zum Einsatz, wenn Bundes- und/oder Kantonshilfen nicht greifen. Der Grosse Gemeinderat hat bereits zwei Mal entsprechende Hilfen ausbezahlt.

An der gestrigen Sitzung wurde über die dritte Verwendung in der Höhe von 800'000 Franken beraten. In allen drei Fällen wurden durch den Stadtrat Richtlinien festgelegt, welche für die Beantragung und den Erhalt der Hilfsgelder angewendet werden sollten. Diese Richtlinien wurden analog der ersten und zweiten Verwendung angewandt. Sie

wurden in allen drei Fällen genau durch die GPK geprüft.

Auf dieser Basis haben verschiedene natürliche und juristische Personen Anträge gestellt. Alle, welche die Richtlinien erfüllen, erhalten gemäss gestrigem Gemeinderatsbeschluss Coronahilfen. Ausser der EVZ, dieser Beitrag wurde aus niederen politischen Motiven durch die Mitte und die vereinigte Linke samt GLP gekürzt. Dies, obwohl auch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) die Vorlage genauso prüfte und mit 7:0 einstimmig dem Grossen Gemeinderat zur Annahme empfahl.

Wir erinnern uns: Nebst vielen Bereichen des öffentlichen Lebens war auch Hockey noch mehrere Monate in diesem Jahr eingeschränkt. Zuschauer an den Spielen waren nicht möglich. Auch das Meisterschaftsendspiel konnte nur von einer Handvoll Personen besucht werden. Gemäss öffentlich zugänglichen Quellen musste der EVZ einen Umsatzeinbruch von 37 Prozent erleiden, Corona verursachte einen finanziellen Schaden von 12,5 Millionen Franken, in erster Linie wegen der ausgefallenen Zuschauererwartungen. Den EVZ hat es also eben-

falls negativ getroffen wie viele andere Vereine, Unternehmen und Privatpersonen in Zug. Mit einer Ausnahme: Für den EVZ wurden als einzige Organisation die Spielregeln während des Spiels durch den GGR geändert und der Hilfsbeitrag gekürzt.

Der Grosse Gemeinderat nimmt damit eine Ungleichbehandlung der Antragsteller vor und verletzt das Gebot der Fairness in grober Weise. Spielregeln werden vor dem Spiel festgelegt und nicht während des Spiels für einzelne Teilnehmer geändert. Für die SVP ist dieses Verhalten beschämend und entsprechend hat die SVP-Fraktion im Grossen Gemeinderat die Kürzung abgelehnt. Es ist gefährlich, wenn man staatliche Unterstützungsleistungen von politischer Werthaltung abhängig macht. Während die SVP sämtliche Hilfsbeiträge unterstützte, welche den definierten Vergabekriterien entsprachen, haben Mitte-Links sich für ein willkürliches Verfahren entschieden. Ein schlechtes Zeichen für Zug und ein Armutszeugnis für das Zuger Stadtparlament.

Für die SVP Stadt Zug:
Gregor R. Bruhin, Präsident

Jetzt bloss nicht übermütig werden

Dem Kanton Zug gehe es «sehr» gut, ja «verdammt» gut, hört man die «Zuger Spatzen von den Dächern» pfeifen. Die gelöste Stimmung bei den kantonalen Finanzen führt vermehrt zu allerlei politischen Vorstössen, die bei Annahme und Umsetzung wesentlich höhere Staatsausgaben auf allen Ebenen zur Folge haben dürften. Zusätzlich hatten sich diverse Kantonsräte im Zusammenhang mit der kürzlichen Budgetdebatte 2022 noch Hoffnungen auf eine weitere Steuersenkung gemacht, die aber gesetzlich noch nicht möglich ist.

Noch vor wenigen Jahren mussten für alle schmerzhaft und unpopuläre «Spar- und Verzichtsübungen» durchgeführt werden. Diese hören sich bei den heutigen Aussichten wie eine üble Geschichte von einem fernen Planeten an.

Trotzdem ist bei den geradezu märchenhaften zukünftigen Entwicklungen der kantonalen und auch kommunalen Einnahmen und einige Vorsicht angebracht. Bitte nicht abheben, der Fall könnte schmerzhaft sein. Dies nicht zuletzt auf Grund der weltweit beschlossenen Mindeststeuer der G20 und OECD von 15%. Diese wird weltweit zu Anpassungen der nationalen Steuergesetzgebungen führen. Viele Staaten haben ihre Unterstützung für die neue Mindestbesteuerung signalisiert.

Natürlich gibt es hier weitere Standortqualitäten: Die hiesigen traditionell vergleichsweise tiefen Steuern, Abgaben und Gebühren haben unseren Standort in wenigen Jahr-



Kantonsrat Philip C. Brunner.

Foto: zvg

zehnten zu einem der attraktivsten Kantone der ganzen Schweiz gemacht. Wie drei verschiedenen Vorlagen zu entnehmen ist, plant die Zuger Regierung ein 8. Steuerrevisionspaket, welches mit Erleichterungen und Entlastungen eine sozial ausgeglichene Vorlage ergeben soll. Zudem ist zu hoffen, dass sich der Nationale Finanzausgleich (NFA) in den kommenden Jahren nicht zu stark erhöht, ein potenzieller zukünftiger Dämpfer, der Vorsicht und Zurückhaltung verlangt.

Wie die Steuerstatistik zeigt, genügt der Wegzug einzelner potenter natürlicher oder juristischer Steuerzahler, um die Situation rasch zu verändern. Wie wir bereits gesehen haben, ist es von grossem Vorteil über ein stabiles und solides Eigenkapital zu verfügen. In diesem Sinne bleibe ich dabei – bitte nicht übermütig werden.

Philip C. Brunner
Kantons- und Gemeinderat SVP

Wohnungsmangel: Taten statt Worte

Blättern Sie ab und zu das Amtsblatt durch oder schauen sich Online-Wohnungsplattformen an? Dann stellen Sie fest: In der Stadt Zug sind 3-Zimmer-Wohnungen unter 2500 Franken Mangelware. Wenn eine Familie mit nicht allzu grossem Portemonnaie eine 4,5- oder 5,5-Zimmer-Wohnung sucht, ist die Lage noch schwieriger.

Diese Mühen von Personen mit mittleren und tiefen Einkommen haben für die Politik keine Priorität. Stattdessen wird Zug als Firmensitz und für Personen mit hohem Einkommen und Vermögen attraktiv gehalten. Deren Zuzug hat aber Folgen für den Zuger Wohnungsmarkt, auf dem preisgünstige Wohnungen Mangelware bleiben.

Gemäss der Zuger Kantonalbank liegt das Preisniveau bei Mietwohnungen kantonsweit etwa 50 Prozent über dem Schweizer Durchschnitt. Während landesweit 7 Prozent aller Mietwohnungen zur Vermietung ausgeschrieben sind, sind es in unserem Kanton gerade einmal 3 Prozent. Im ersten Halbjahr 2020 betrug die Insertionsdauer für mittelteure Wohnungen nicht einmal zwanzig Tage. Am grössten ist der Nachfragedruck in der Stadt Zug.

Darum setzen sich die Linken seit Jahren für bezahlbaren Wohnraum ein. Bereits 1980 reichte die SP eine Volksinitiative ein und verlangte den Bau von 400 preisgünstigen Wohnungen bis Ende 1996. Letzlich brauchte der Zuger Stadtrat aber über 30 Jahre dafür.

Vor bald einem Jahrzehnt hat die Stadtzuger Stimmböcker die



Kantonsrat Rupan Sivaganesan.

Foto: zvg

Volksinitiative «Wohnen in Zug für alle» angenommen. Der Stadtrat wurde beauftragt, für die Schaffung von preisgünstigen Wohnungen zu sorgen und den gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbau zu fördern. Leider folgten bisher viele Worte statt Taten.

Deswegen bleibt die SP am Wohnungsthema dran. Die Unterschriftensammlung für die kantonale Mehrwert-Initiative läuft. Planungsgewinne sollen fair besteuert und der Steuerertrag für den Bau preiswerter Wohnungen und Quartieraufwertungen verwendet werden. Und: Auf der städtischen Ebene ist eine Initiative zur Wohnungspolitik lancierungsbereit.

Rupan Sivaganesan,
SP-Kantonsrat Zug und
Präsident SP Stadt Zug